Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 105 (2011)

Heft: 9

Artikel: Die Revolution ist ins Stocken geraten : eine Bilanz nach fünf Jahren Evo Morales in Bolivien

Autor: Estermann, Josef

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390271

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Josef Estermann

Die Revolution ist ins Stocken geraten

Eine Bilanz nach fünf Jahren Evo Morales in Bolivien

Auf der symbolischen Ebene ist die Regierung unter der Leitung von Evo Morales erfolgreich. In einem Diskurs der «Entkolonialisierung» im Bekenntnis zum Säkularstaat, in der Wiedereinführung vorkolonialer demokratischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Organisationsformen und Ritualen, sowie in einer dezidierten Kapitalismus- und Imperialismuskritik. Aber der konkrete Alltag vieler BolivianerInnen hat sich kaum oder nicht merklich verbessert. Dies erklärt die vielen Proteste und der Vertrauensverlust gegenüber der Regierung. Josef Estermann bilanziert.

Als der von der Ethnie der Aymaras abstammende und als Gewerkschaftsführer der Kokabauern-Bewegung politisch hochgekommene Evo Morales Ayma am 22. Januar 2006 im vorkolonialen Heiligtum Tiwanaku zum neuen Staatspräsidenten von Bolivien eingesetzt wurde, ging es wie ein Erdbeben durch die Bevölkerung des Landes: Eine neue Zeit bricht an! Ein *Pachakuti* ereignet sich, was soviel bedeutet wie eine allumfassende Umkehrung der Verhältnisse!

Tatsächlich trat die Regierung von Evo Morales mit dem Anspruch an, Bolivien «neu zu begründen», weil die Erstgründung von 1825 auf der Asche der

spanischen Kolonialherrschaft, von allem Anfang an ein *Gentlemen-Agreement* von einigen begüterten Familien gewesen war. Diese Oligarchie, die ausser der persönlichen Bereicherung niemals ein nationales Projekt vor Augen hatte, fand im «Gas-Krieg» vom Oktober 2003 und der Flucht des damaligen Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada ein jähes Ende. Dieser Sturz war schon seit Jahren und Jahrzehnten von den sozialen Bewegungen und den indigenen Völkern vorbereitet worden, aber die Machtsverhältnisse und der regionale Kontext erlaubten es erst anfangs dieses Jahrhunderts, dass an eine «Neugründung von Bolivien» zu denken war.

Die Grundlagen der demokratischen Revolution

Nach einer zweijährigen Übergangsregierung mit zwei nicht demokratisch ge-

Südamerika in Bewegung

wählten Präsidenten (Carlos Mesa und Eduardo Rodríguez) war Evo Morales am 18. Dezember 2005 mit 53% im ersten Wahlgang zum ersten indigenen Staatspräsidenten von Bolivien gewählt worden. Seitdem ist die Regierung von Evo Morales bei vier Plebisziten mit einer satten Mehrheit bestätigt worden: am 2. Juli 2006 wurde die Verfassunggebende Versammlung gewählt, wobei die Regierungspartei MAS (*Movimiento al Socialismo*: «Bewegung hin zum Sozialismus») 56% der Stimmen erhielt; am 10. August 2008 stellte sich Evo Morales auf Druck der Opposition dem Volk und wurde im Referendum mit 67,4% im Amt bestätigt; am 25. Januar 2009 wurde die von der Verfassunggebenden Versammlung erarbeitete neue Staatsverfassung mit 61,4% vom Volk gutgeheissen; und am 6. Dezember 2009 wurde Evo Morales bei den aufgrund der neuen Verfassung vorgezogenen Wahlen mit 64,4% für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren wiedergewählt. Zudem erlangte die Regierungspartei im Parlament («Plurinationale gesetzgebende Versammlung») eine Zweidrittelmehrheit, und über Dreiviertel aller Munizipien werden heute von der MAS angeführt. Diese eindrückliche Serie erlitt aber im April 2010 bei den Bürgenmeister- und Gouverneurswahlen einen Einbruch; Evo Morales konnte sich nur in fünf von neun Departementen durchsetzen und musste wichtige Bürgermeisterposten an die Opposition abtreten (La Paz, Santa Cruz, Oruro, Potosí).

Kampf gegen Opposition

Evo Morales war anfangs 2006 mit einem sehr ambitiösen Programm angetreten: das Ende der neoliberalen Wirtschaftspolitik; Verabschiedung einer neuen Staatsverfassung; politische Dezentralisierung und regionale Autonomie; Vertiefung der demokratischen Strukturen (Volksinitiative, Referendum, Direktwahl der Gouverneure und Magistraten der Judikative); neues Erziehungsgesetz und eine allgemeine Krankenversicherung. Daneben wurde aber vor allem der Kampf gegen eine noch immer sehr mächtige Opposition, die sich unter der Oligarchie im Osten des Landes bald zu regen begann, für die Durchsetzung des Regierungsprogramms immer wichtiger. Höhepunkt dieses Seilziehens war das Jahr 2008, als sich vier Departemente in einer verfassungswidrigen Abstimmung für die regionale Autonomie aussprachen. Das «katastrophale Unentschieden» (in der Terminologie des Vizepräsidenten und marxistischen Intellektuellen Álvaro García Linera) aber entschied sich gleichsam durch mehrere Eigentore der Opposition: am 11. September 2008 (ein weiteres «Nine-eleven») wurden bei einem Massaker im nördlichen Departement Pando mindestens 30 Indigene von Leuten der Präfektur umgebracht, und der Präfekt selber landete im Gefängnis; im April 2009 wurde eine para-militärische Terroristen-Gruppe in Santa Cruz aufgerollt, die anscheinend im Auftrag und mit der Unterstützung der Opposition die Regierung zu Fall bringen sollte; und schliesslich tauchten auch noch Indizien auf, dass sich die Opposition mit der US-Botschaft und USAID verbündet hatten, um die Regierung von Morales zu destabilisieren.

International machte Evo Morales Furore mit seiner unkonventionellen Art und Weise (der berüchtigte «Evo-Pullover»), der Selbstbeschränkung seines Gehalts auf Bs. 14 000 (ca. Fr. 2000), der unverfrorenen Haltung der USA gegenüber (Ausweisung der Antidrogenbehörde und des Botschafters), der Annäherung an Venezuela, Kuba und Iran, aber auch der Einberufung eines alternativen Klima-Gipfels und dem Kampf um die Legalisierung des Kokablattes von sich reden. Auf der symbolischen Ebene zeigt sich der «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» vor allem im Diskurs der «Entkolonialisierung» auf allen Ebenen und in allen Dimensionen, im Be-

kenntnis zum Säkularstaat, in der Wiedereinführung vorkolonialer demokratischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Organisationsformen und Ritualen, sowie in einer dezidierten Kapitalismus- und Imperialismuskritik.

Errungenschaften des «Evismus»

Evo Morales, der sich zum Ziel gesetzt hat, den Veränderungsprozess konsequent durchzuführen und dabei auch nicht vor internationalen Druckversuchen zu weichen, regiert grundsätzlich aufgrund der Unterstützung der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, der Bauern- und Kokabewegung, den indigenen Völkern (politisch korrekt: «ursprüngliche Völker») und eines Teils der Mittelklasse. Die traditionellen Parteien sind fast bis zur Unkenntlichkeit verblasst, und sowohl Regierung wie Opposition gruppieren sich um «Bewegungen» und «Bürgerkomitees». Unter den Errungenschaften des «Evismus» (*evismo*: im Sinne der politischen Linie von Evo Morales) sollte an erster Stelle die neue Staatsverfassung erwähnt werden, die am 7. Februar 2009 in Kraft trat. Es handelt sich um ein Grundgesetz, das die «Geburtsfehler» der politischen Unabhängigkeit von 1825 und der darauf initiierten oligarchischen Republik beheben sollte. Konsequent verabschiedet sie sich deshalb von der liberalen Konzeption der «Republik» und spricht vom «Plurinationalen Staat von Bolivien». Erstmals in der Geschichte des Landes wird die indigene Mehrheit offiziell anerkannt (36 indigene Völker oder «Nationen», mit ihren einheimischen Sprachen und Weltanschauungen) und politisch rehabilitiert. Die Charta Magna sieht einen demokratischen, juristischen und wirtschaftlichen Pluralismus vor, wie er weltweit wohl einzigartig ist. Mit der Abschaffung des «konfessionellen» Staates reiht sich Bolivien in die Tradition des Säkularstaates, was nicht ohne Konflikte mit der noch immer mächtigen Katholischen Kirche vor sich geht.

An zweiter Stelle sollten die Massnahmen zur Umverteilung des Reichtums genannt werden. Die (teilweise) Verstaatlichung der strategischen Bodenschätze (Erdöl, Erdgas, Bergbau) und Dienstleistungen (Kommunikation; Stromversorgung; Trinkwasser; Pensionen) führte zu merklichen Mehreinnahmen für die Staatskasse und somit zur Möglichkeit, die eklatanten sozialen Unterschiede zu vermindern. Trotz des assistenzialistischen Charakter sind die verschiedenen staatlichen Zuschüsse (für SchülerInnen; für schwangere und stillende Mütter; für betagte Menschen; für Menschen mit alternativen Begabungen) bei den einfachen Menschen gut angekommen und haben zu einer Senkung der extremen Armut um bis zu 10% geführt.

Drittens haben sich die Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung der Bevölkerung entscheidend verbessert. Statt dem bisher alle fünf Jahre obligaten Gang zur Wahlurne, um in einer «paktierten» Demokratie den von der Oligarchie vorbestimmten Kandidaten zu bestätigen, kann die Zivilbevölkerung heute das politische Geschehen mit verschiedenen Instrumenten bestimmen und verändern: Plebiszit (Abwahl oder Bestätigung eines Amtsträgers); Volksinitiative; Referendum; Direktwahl von Gouverneuren und den Magistraten der Judikative; dezentralisierte VolksvertreterInnen. Dies stellt eine besondere Herausforderung an die politische Reife der BürgerInnen und der Massenmedien dar, die nach wie vor in der Logik der Lobbies denken und zu 90% in den Händen der Opposition sind.

Und viertens möchte ich den Diskurs der Regierung im Bereich der Entkolonialisierung, Kapitalismuskritik, des «Guten Lebens» *(Vivir Bien)*, der Integration Lateinamerikas (Alba; Unasur) und des weltweiten Klimawechsels erwähnen, der ausgesprochen innovative und kreative Ansätze in sich vereint und

Anlass zu einem Paradigmenwechsel in epistemologischer Hinsicht bildet. Die Rückbesinnung auf autochthone Weisheitstraditionen und Wirtschaftsformen geht Hand in Hand mit einer radikalen Kritik des vorherrschenden kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems, und damit des abendländischen Paradigmas von Entwicklung und Fortschritt. In diesem Sinne hat sich die Regierung von Evo Morales, vor allem in der Figur des Vizepräsidenten und seines Umfelds, zu einem *Think Tank* alternativer Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle entwickelt.

Zunehmende Krise des «revolutionären Modells»

Heute macht es den Anschein, als würde die Regierung von Evo Morales Opfer ihres eigenen Erfolges werden. Die Anzeichen einer Krise, die immer weitere Kreise ziehen und schliesslich den gesamten Veränderungsprozess zunichte machen könnte, häufen sich und können auch durch die gut geölte Propagandamaschinerie der Regierung nicht mehr unter Verschluss gehalten werden. Nachdem die politische Opposition im östlichen Tiefland (dem so genannten «Halbmond») praktisch erledigt worden ist und nur noch symbolische Bedeutung hat, regt sich die Opposition «von innen her», also seitens der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und den Gruppierungen von Indigenen. Zwar versucht die Regierung weiterhin, diese Unruheherde und Protestbewegungen als «Werkzeuge des US-amerikanischen Imperialismus» oder als «nützliche Idioten» der noch immer bestehenden wirtschaftlichen Oligarchie zu brandmarken, aber die Öffentlichkeit nimmt solche ideologische Hirnwäsche nicht mehr einfach länger hin. Der «sozialistische» und indigenistische Diskurs hat für die Meisten bislang noch keine spürbare Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gebracht, und deshalb nimmt der Unmut unter der Bevölkerung fast täglich zu. Noch niemals zuvor in den fünf Jahren der Regierung von Evo Morales gab es so viele Protestmärsche, Strassenblockaden und Streiks – und zwar nicht etwa durch die Opposition – wie in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.

Rafael Puente, ehemaliger Vize-Innenminister und vorübergehend Gouverneur des Departements Cochabamba, ehemaliger Jesuit und militanter Befürworter des Veränderungsprozesses, sieht vor allem zwei Faktoren, die zur heutigen Krise der «demokratischen Revolution» geführt haben: Machtrausch und Überheblichkeit. Wie man sieht, haben beide Merkmale mit der inneren Dynamik des Staatsapparates und der Regierung selbst zu tun, und nicht etwa mit einer Konspiration von aussen oder einer politischen Opposition. Der politische Sieg über die Opposition und die Verführung durch die Macht haben dazu geführt, dass zum Beispiel das Parlament alle Gesetzesvorlagen mit einer bequemen Zweidrittelmehrheit durchboxen oder eben boykottieren kann. Der «Machtsrausch» macht sich in verschiedener Hinsicht bemerkbar. Der eigentliche Funke, der in die Pfanne sprang, war der so genannte «Gasolinazo», frei übersetzt mit «Treibstoffdekret», vom 26. Dezember 2010, durch das die staatliche Subventionierung des Treibstoffes aufgehoben werden sollte. Damit waren Preiserhöhungen von bis zu 83% auf Benzin und Diesel verbunden. Das Volk ging umgehend auf die Strassen und drohte, Evo aus dem Regierungspalast zu jagen, wenn dieses «neoliberale» Dekret nicht umgehend zurückgezogen würde. Keine drei Tage später sah sich die Regierung gezwungen, dies zu tun, konnte aber den Popularitätsverlust und die dennoch steigenden Preise der Grundnahrungsmittel und Dienstleistungen nicht mehr aufhalten. Für die Basis hatte die Regierung mit diesem Dekret eine Grenze überschritten, auch wenn es «technisch» sicherlich gerecht-

fertigt war, da dem Staat durch die Subventionierung jährlich nicht nur 300 Millionen Dollar, sondern zudem noch 180 Millionen aufgrund des blühenden Schmuggels mit Peru verloren gehen.

Unfähige Funktionäre

Weitere Indizien für die Krise ist die Zunahme von Korruptionsskandalen in Kreisen der Staatsfunktionäre, Militärs und Polizei, aber auch des Drogenhandels und des Schmuggels insgesamt. Die traditionelle Praxis der so genannten «Pegas», also des Rechts auf einen öffentlichen Posten für die militante Basis der MAS (Nepotismus), die der Regierung von Morales zufolge der «oligarchischen Vergangenheit» angehört, nimmt immer bedenklichere Ausmasse an. Dadurch ist der Staatsapparat, von den Ministerien bis hin zu den Munizipien, durchsetzt von unfähigen, aber loyalen Funktionären. Viele vom Parlament verabschiedeten Gesetze und auch die neue Staatsverfassung selbst können wegen der zunehmenden Bürokratie und Überforderung der unvorbereiteten Staatsdiener nicht umgesetzt werden. Es gibt einen regelrechten «Verwaltungsstau», dem nicht nur die vielen NGOs im Lande, sondern auch die Erziehungs- und Gesundheitsreform und die dringend nötige Ankurbelung der Wirtschaft zum Opfer fallen. Als Ausländer erhält man bei der Fremdenpolizei zur aktuellen Gesetzeslage bezüglich der Aufenthaltsbewilligung von jedem Funktionär eine andere Antwort.

Noch schwerwiegender aber ist der allgemeine Vertrauensverlust, der sich aufgrund der Korruptionsskandale in der Bevölkerung breit macht. Anfangs Jahr wurde der bolivianische Antidrogen-Zar als einer der führenden Köpfe des lateinamerikanischen Drogenhandels in Panama festgenommen. Der oberste Polizeichef, der von Evo Morales ausdrücklich damit beauftragt worden war, der schon pandemischen Korruption bei der Polizei ein Ende zu bereiten, wurde im Besitz von gestohlenen und mit illegalen Nummernschildern versehenen Autos ertappt. Der mit der Durchführung der Landreform beauftragte Abgesandte der Regierung wurde von dieser kurzerhand des Amtes enthoben, weil er es wagte, zwei Senatoren der MAS des illegalen Grossgrundbesitzes anzuklagen. Und vor kurzem sah sich die Regierung von der allmächtigen Transport- und Autolobby gezwungen, das Verbot des Imports von über fünf Jahre alten Zweitwagen aufzuheben, wodurch das Land in nächster Zeit durch Billigwagen, die den Umweltvorschriften bei weitem nicht Genüge tun, überschwemmt werden wird. Es macht den Anschein, als würde die Regierung vor dem Drogenhandel, der Korruption und dem Schmuggel kapitulieren.

Brotdemo 2008

Vielleicht noch bedenklicher ist die Judizialisierung der Politik, also die strafrechtliche Verfolgung politisch dissidenter Personen, seien sie von der so genannten Opposition oder aus den Reihen der MAS, die es wagen, Kritik an der Regierung zu üben. Im Moment sind Prozesse gegen praktisch alle Gouverneure und Bürgermeister der Opposition der grösseren Städte hängig. Die für Oktober dieses Jahres vorgesehenen Wahlen der Magistraten der Judikative stehen ganz unter der Kontrolle der Regierung und des Parlaments und ma-

chen somit die weltweit fast einmalige demokratische Beteiligung des Volkes praktisch wieder zunichte.

Die eigentliche Krise zeigt sich beim Brot, das auf den Tisch kommt oder eben nicht. Die lauthals vorgetragene Idee einer Änderung der produktiven Grundlage der Wirtschaft ist bis jetzt noch nicht wahrgemacht worden. Das traditionelle Modell des «Extraktivismus», also der Ausbeutung der Bodenschätze und dessen Export ohne irgendwelche Verarbeitung, hat noch kaum Veränderung erfahren. Über 90% der arbeitenden Bevölkerung ist im nichtproduktiven Bereich tätig, und davon sicherlich nochmals 70% im so genannten informellen Sektor. Zudem herrscht noch immer die zähe Meinung vor, der Staat sei eine Art «Milchkuh», die es zu melken gebe, und der gefälligst Arbeitsplätze schaffen solle. Eine kohärente und alternative Wirtschafts- und Investitionspolitik fehlt bis heute. Anfangs Jahr gab es eine Lebensmittelknappheit (Zucker, Reis, Fleisch), und die Regierung ist bis heute nicht imstande, ihr wirksam zu entgegnen. Letztes Jahr betrug die Inflation über 10%, und trotz 4% Wirtschaftswachstums nimmt die Kaufkraft ab und vor allem die Schere zwischen Arm und Reich weiter zu. Zusammen mit den Bettlern haben auch die Luxuslimousinen zugenommen, mit dem Unterschied, dass man heute am Steuer von *Hummer* und Mercedes Benz immer mehr Fahrer mit indigenen Gesichtszügen sieht. Statt für den «kommunitären Sozialismus» optieren viele Leute für eine Aymara-Bourgeoisie und einen «andinen Kapitalismus». Der idyllische Diskurs zur *Pachamama* und dem «Guten Leben» erfährt sogar in der Regierung selber Widerspruch: gerade letzte Woche legte die Regierung den Grundstein zu einer Verbindungsstrasse quer durch einen Nationalpark und das Gebiet von zwei indigenen Völker. Und wenn es um die Förderung von Erdöl und Erdgas geht, zögert die Regierung keinen Augenblick, um auch bei ökologisch höchst umstrittenen Projekten die Konzession zu erteilen. Vorgestern gab sie sogar grünes Licht für den Anbau von sieben gentechnologisch manipulierten Gewächsen…

Ist der Veränderungsprozess unumkehrbar?

Nach der Wiederwahl von Evo Morales zu einer zweiten Amtsperiode im Dezember 2009 meinten praktisch alle Beobachter des politischen Kontextes Boliviens, dass damit der 2006 eingeleitete Veränderungsprozess unumkehrbar geworden sei. Nachdem das Tauziehen mit der politischen Opposition entschieden, die neue Staatsverfassung in Kraft getreten und dringend notwendige Reformen eingeleitet waren, zweifelt kaum mehr jemand daran, dass damit eine fast zweihundertjährige Geschichte der Neu-Kolonisierung und Oligarchie an ihr definitives Ende gekommen ist, und dass auch die unbelehrbaren Nostalgiker des *Ancien Régime* diese Tatsache endlich zur Kenntnis nehmen müssten. Heute aber droht die Umkehrung des Prozesses von einer völlig unerwarteten Seite, nämlich von innen heraus, aus den eigenen Reihen der Reformer und Revolutionäre. Die Revolution ist ins Stocken geraten, und wie man aus der Geschichte weiss, bedeutet eine still gelegte Revolution praktisch deren Aufhebung. Noch ist unklar, ob die erwähnten Krisenphänomene unter Kontrolle gehalten werden können, oder ob es sich bereits um Metastasen eines umfassenden und noch weitgehend unsichtbaren Krebsgeschwürs handelt. Eines ist sicher: den Armen und Arbeitslosen geht allmählich die Geduld aus, und die Regierung wird nicht nach dem revolutionären Diskurs beurteilt, sondern aufgrund ihrer Fähigkeit oder Unfähigkeit, der Bevölkerung das tägliche Brot und eine Zukunft zu sichern. ●

Josef Estermann ist Nationalkoordinator für Bolivien der Bethlehem Mission Immensee. Seine Analyse der religiösen Vielfalt und der Verfassung sind 2010 in den Nummern 2 und 3 erschienen. (josefestermann@hotmail.com)